



Nr. 336 | 05.11.2024

Polen-Analysen

Korruptionsbekämpfung in Polen

■ ANALYSE	
Polens Kampf gegen Korruption nach den Parlamentswahlen: Neue Strukturen, alte Mechanismen?	2
Michael Martin Richter, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen Coopernicus.pl, Warschau	
■ UMFRAGEN	
Die Meinung der polnischen Bevölkerung zu Korruption	7
■ RANKING	
Polen im Korruptionsindex von Transparency International	10
■ CHRONIK	
15. Oktober – 4. November 2024	10

Polens Kampf gegen Korruption nach den Parlamentswahlen: Neue Strukturen, alte Mechanismen?

Michael Martin Richter, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Copernicus.pl, Warschau

DOI: 10.31205/PA.336.01

Zusammenfassung

Korruption ist in Polen mehr als nur ein Schlagwort. Es ist ein Dauerthema der politischen Debatte, das die Gesellschaft stark polarisiert. Nach skandalträchtigen Korruptionsenhüllungen und einer wachsenden öffentlichen Unzufriedenheit in weiten Teilen der Gesellschaft verspricht die neue Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk einen Neuanfang in der Korruptionsbekämpfung. Im Zentrum steht die geplante Auflösung des umstrittenen Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), dessen Kompetenzen auf verschiedene andere Behörden verteilt werden sollen. Doch die vorgeschlagenen Änderungen könnten bestehende Probleme nur verlagern, statt sie effektiv zu bekämpfen. Die wahre Herausforderung liegt darin, ein umfassendes Antikorruptionssystem zu schaffen, das keiner politischen Einflussnahme untersteht und dadurch das Vertrauen der Bürger zurückgewinnt. Eine breite Debatte über Änderungen und deren Verankerung in einer Gesamt-Antikorruptionsstrategie wären dafür grundlegende Ansätze.

Korruption in Polen: Ein politisches Dauerthema

Korruption ist ein Thema, das in polnischen Wahlkämpfen hohe Aufmerksamkeit erzielt. Donald Tusk (Bürgerplattform/Plattform Obywatelska – PO) nutzte dies und schrieb seinen politischen Kontrahenten verschiedene Bedeutungen zu. Mal dechiffrierte er das Kürzel des nationalkonservativen Bündnisses Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica – ZP) als *zorganizowana przestępczość* – organisierte Kriminalität, mal entschlüsselte er das Akronym der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) als *przekręty, inwigilacja i szantaż* – Schwindel, Überwachung und Erpressung. Einen ähnlichen Tenor schlug auch die PiS in jedem ihrer Wahlkämpfe an und versuchte sich stets als vermeintlich moralisch einwandfreie Option zu Tusks Bürgerplattform darzustellen.

Nicht nur in politischen Narrativen ist das Thema Korruptionsbekämpfung bzw. sind Korruptionsanschuldigungen prominent vertreten. Es findet auch Eingang in politische Strategien. So sieht der aktuelle Koalitionsvertrag der drei regierenden Bündnisse aus Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Dritter Weg (Trzecia Droga – TD) und Die Linke (Lewica) unter Punkt 19 vor, dass »das Zentrale Antikorruptionsbüro abgeschafft wird und seine Ressourcen und Kompetenzen anderen Behörden übertragen werden, darunter die Abteilung für die Bekämpfung von Korruptionsdelikten im Zentralen Ermittlungsbüro der Polizei. Damit wird die Korruptionsbekämpfung gestärkt werden, die von der Vorgängerregierung völlig aufgegeben wurde«.

Das dafür notwendige Gesetz wurde im April 2024 veröffentlicht. Was genau sind jedoch die Probleme in Polen

im Hinblick auf die Korruption? Wie weitverbreitet ist das Problem? Und ist das verabschiedete Gesetz die nötige Antwort auf die Probleme, die im Folgenden aufgezeigt werden?

Korruptionsskandale: Ein Querschnitt durch Polens Institutionen

Eine Abrechnung mit den acht Jahren der PiS-Regierung (2015–2023) war, wenig überraschend, ein großes Versprechen der sogenannten Koalition des 15. Oktobers (bezugnehmend auf das Datum der Parlamentswahlen 2023). Dazu stellte Generalstaatsanwalt und Justizminister Adam Bodnar auf einer Pressekonferenz im Juli 2024 eine Liste von 20 Schlüsselthemen vor, mit denen sich seine Behörde zurzeit beschäftigt. Alle sind in der Amtszeit der PiS angesiedelt und viele haben eine direkte Verbindung zu Korruption.

Ein großes Thema ist der Gerechtigkeitsfonds (Fundusz Sprawiedliwości), den Generalstaatsanwalt Bodnar als erstes aufzählte. Der Fonds wurde zur Unterstützung von Opfern von Gewalt aufgelegt. 2017 erhielt der damalige Justizminister, Zbigniew Ziobro, die direkte Kontrolle über die Auszahlung von Geldern. Unstimmigkeiten führten zu mehreren Festnahmen, wie z. B. von Michał O., dessen Stiftung »Profeto« 66 Millionen Zloty (rund 15 Millionen Euro) widerrechtlich erhalten haben soll. Eine der zentralen Personen soll dabei Marcin Romanowski gewesen sein, Ziobros Stellvertreter im Ministerium. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und die Veruntreuung von 112 Millionen Zloty (rund 26 Millionen Euro) durch Scheinausschreibungen vor.

Ein anderes prominentes Beispiel bezieht sich auf die Regierungsagentur für Strategische Reserven (Rządowa

Agencja Rezerw Strategicznych). Deren ehemaligem Vorsitzenden, Michał K., wird ebenfalls die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Generell soll die Agentur durch Umgehung der normalen Ausschreibungsprozeduren deutlich überhöhte Preise an Zulieferer bezahlt haben. Ein solches Unternehmen soll das Bekleidungslabel »Red is Bad« sein. Während Michał K. nach London floh und von dort inzwischen ausgeliefert wurde, hat sich der Geschäftsführer von »Red is Bad« nach Südamerika abgesetzt. Inzwischen wurde er gefasst und nach Polen überstellt.

Auch das Nationale Zentrum für Forschung und Entwicklung (Narodowe Centrum Badań i Rozwoju – NCBR) ist von Korruptionsvorwürfen und -ermittlungen nicht verschont geblieben. Das Zentrum, das in erster Linie für die Vergabe von EU-Geldern für innovative Projekte zuständig ist, soll in unzählige Unstimmigkeiten verwickelt sein. Die Regionalstaatsanwaltschaft bezeichnet auch hier das Vorgehen einiger Schlüsselpersonen, z. B. der ehemaligen Vizedirektorin Hanna S., als Mitgliedschaft in einer Gruppe der organisierten Kriminalität. Bei Ausschreibungsverfahren sollen Bestechungsgelder verteilt worden sein, durch die unter anderem Zuwendungen an fragwürdige Unternehmen flossen. Ein brisantes Beispiel betrifft die Fördersumme von 123 Millionen Zloty (ca. 28 Millionen Euro) für ein Unternehmen, das einem Freund des ehemaligen Vizeministers für Fonds und Regionalpolitik, Jacek Żalek, nahestand. Das Brisante: Die formal maximal zu erhaltende Fördersumme betrug nur 20 Millionen Zloty (4,6 Millionen Euro), womit der Antrag schon rein formell falsch war. Generell stellte die Oberste Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) fest, dass es beim NCBR eine »enorme Unzuverlässigkeit bei der Verwendung von EU-Mitteln« gab.

Auch die Hochschullandschaft findet sich unter den 20 Schlüsselthemen mit einem Skandal um das Collegium Humanum, eine private Hochschule in Warschau. Sie wurde von der damaligen Regierung der Vereinigten Rechten unterstützt und konnte MBA-Abschlüsse ausstellen. Diese waren eine formale Voraussetzung für Aufsichtsratspositionen in Staatsunternehmen und anderen staatlichen Institutionen, wodurch ihnen eine große Bedeutung zukam. Die Abschlüsse konnten jedoch, so die Vorwürfe, ohne den Besuch von Vorlesungen oder den Abschluss von Prüfungen durch Schmiergeldzahlungen gekauft werden. Der Rektor der Institution, Paweł Czarnecki, soll insgesamt eine Million Zloty (ca. 230.000 Euro) solcher Zahlungen für über 1.000 Abschlüsse erhalten haben. Unter den Absolventen mit »Turboabschlüssen« waren auch mindestens 50 Politiker der PiS. Einen lukrativen Posten in der Hochschule hatte gleichzeitig die Ehefrau des ehemaligen Europaparlamentariers Jacek Czarnecki inne. Im Austausch für

einen Doktorabschluss sowie einen Posten für seine Frau soll sich der Politiker Ryszard Czarnecki in Usbekistan für die Schaffung einer Filiale des Collegium Humanum eingesetzt haben.

Abschließend sei noch der Skandal um die Visa-Vergabe genannt, da er die offiziell harte Vorgehensweise der PiS-Regierung in Migrationsfragen infrage stellt. So wurden laut einer Untersuchung der Obersten Kontrollkammer 366.000 Arbeitsvisa für Personen außerhalb der EU nicht korrekt vergeben, häufig unter direktem Druck der PiS und ohne Prüfung der Personendaten. Teilweise sollen diese Visa auch gegen Bestechungsgelder ausgegeben worden sein, wie im Fall von Edgar K., der ein enger Vertrauter des damaligen Vizeaußenministers war und bis zu einer halben Million Zloty (ca. 115.000 Euro) für die Vergabe von Visa erhalten haben soll.

Ein Muster, das sich durch all diese Fälle hindurchzieht, ist der systematische Missbrauch von Strukturen, die der direkten politischen Kontrolle der PiS unterlagen, und das gleichzeitige Ausschalten von weiteren Kontrollmechanismen. Diese Zentralisierung von Macht ermöglichte es der Partei Recht und Gerechtigkeit, öffentliche Gelder und Ressourcen nach eigenem Ermessen zu verteilen, oft zum Vorteil von Parteifreunden oder verbündeten Unternehmen. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang die Rolle des Zentralen Anti-Korruptionsbüros. Obwohl als unabhängige Institution zur Bekämpfung von Korruption geschaffen, ging das CBA praktisch nicht gegen die Regierenden vor. Dies unterstreicht, wie die Politisierung von Kontrollorganen dazu führen kann, dass diese ihrer eigentlichen Aufgabe nicht mehr gerecht werden und stattdessen zur Verfestigung von Korruption beitragen.

Korruptionswahrnehmung in Polen: Zwischen Realität und Polarisierung

Die dargestellten Fallbeispiele sind dabei weniger eine Ausnahme, sondern stehen stellvertretend für eine Zunahme der wahrgenommenen Korruption in Polen in den letzten Jahren, was sich anhand der von Transparency International erhobenen Daten belegen lässt. Zwischen 2015 und 2023 sank sowohl Polens individueller Korruptionsindex als auch die relative Position des Landes im globalen Vergleich. Bei ersterem gab es eine Verschlechterung von 62 Punkten im Jahre 2015 auf 54 Punkte 2023, wobei »100« keine Korruption und »0« vollumfängliche Korruption bedeutet (s. Grafik in der Rubrik »Ranking«). Gleichzeitig sank im gleichen Zeitraum Polens Position von Platz 29 weltweit auf Position 47. Der Index von Transparency International bezieht auch die Meinung von Experten mit ein. CBOS hingegen, ein öffentliches Meinungsforschungsinstitut in Polen, das sich in der Zeit der PiS-Regierungen zu einem regierungsnahen Umfrageinstitut wandelte, erhebt in

regelmäßigen Abständen die Meinung der Bevölkerung zur Korruption. Dabei lassen sich aus der letzten Erhebung von 2021 drei klare Schlüsse ziehen (s. die Daten in der Rubrik »Umfragen«).

Erstens gibt es eine klare Polarisierung im Hinblick auf die Wahrnehmung von Korruption: Während nur knapp 62 Prozent der PiS-Wähler Korruption für ein großes Problem hielten, taten dies sowohl 82 Prozent der KO-Wähler und der Wähler von Polen 2050 (Polska 2050) und gar 97 Prozent der Wähler von Die Linke. Dabei verfiel das Law and Order-Narrativ der PiS auch nur bei ihren eigenen Wählern: Während 41 Prozent der PiS-Wähler 2021 angaben, dass die Korruption in den letzten Jahren gesunken sei, meinten dies nur vier Prozent der KO-Wähler und drei Prozent der Wähler von Die Linke. Umgekehrt befanden nur neun Prozent der PiS-Wähler, dass die Korruption tatsächlich zugenommen habe, wohingegen dies 60 Prozent der KO- und jeweils 51 Prozent der Linke- und Polen 2050-Wähler taten. Die positive Einstellung der PiS-Wähler erklärt auch, wieso die wahrgenommene Korruption in der Gesamtgesellschaft zurückgegangen ist, zumal 2013 noch 83 Prozent die Korruption als großes oder eher großes Problem ansahen, wohingegen dies 2021 nur noch 72 Prozent der Befragten kundtaten.

Interessanterweise zeigen sich auch deutliche Diskrepanzen bei den Praktiken der Korruption. Während 2021 nur 39 Prozent der PiS-Wähler Gefälligkeitsstimmen bei Sejmabstimmungen im Gegenzug für lukrative Positionen in Staatsunternehmen oder im Staatsapparat als nicht zu akzeptierende Praxis in einem demokratischen System bezeichneten, variierte dieser Wert bei Wählern der aktuellen Regierungskoalition zwischen 73 und 83 Prozent. Dies lässt auf eine Normalisierung oder Gewöhnung an gewisse Praktiken schließen, sobald jene von der eigenen Partei angewandt werden.

Zweitens lässt sich anhand der CBOS-Erhebung feststellen, welche Akteure und Institutionen sowie Praktiken als korrupt(er) angesehen wurden. Es handelte sich vor allem um Politiker, die mit 52 Prozent an erster Stelle als korrupt genannt werden, und Ministerien, die mit 35 Prozent auf Platz zwei gesetzt werden (2021). Bemerkenswert ist dabei, dass es einen Rückgang bei der Nennung von Politikern von 62 Prozent im Jahr 2013 gab, während sich der Anteil bei Ministerien, die 2013 von nur 18 Prozent der Befragten als korrupt wahrgenommen wurden, fast verdoppelte. Insgesamt zeigt die Erhebung, dass damals deutlich weniger Respondenten die direkte Zahlung von Bestechungsgeldern als häufige Korruptionspraxis wahrnahmen (61 Prozent) als die Vergabe von lukrativen Posten an Bekannte (79 Prozent) oder die Vergabe von Staatsaufträgen an politisch vernetzte Unternehmen (76 Prozent).

Drittens ist positiv anzumerken, dass nur zehn Prozent der Befragten selbst jemanden kennen, der Beste-

chungsgelder angenommen hat. Dabei blieb der Wert seit 2017 konstant und war zuvor kontinuierlich gesunken, denn im Jahr 2000 machte er noch knapp 29 Prozent aus. Somit lässt sich aus der Erhebung 2021 schließen, dass Korruption insgesamt ein Phänomen war, das in erster Linie als Problem der politischen Klasse angesehen wurde. Gleichzeitig ist das Land jedoch stark polarisiert im Hinblick auf die Wahrnehmung der Korruption. Insgesamt liegen allerdings, mit Ausnahme der Zahlen der Wähler von Die Linke, die Anteile aller anderen Wähler unter der Gesamtzahl von 2006: Denn 2006 wurde Korruption noch von 93 Prozent der Polen als großes oder eher großes Problem angesehen.

Das CBA: Zwischen Antikorruptionskampf und politischer Abhängigkeit

2006 war auch das Jahr, in dem Polens Zentrales Antikorruptionsbüro (CBA) gegründet wurde. Das Gesetz, das am 9. Oktober 2006 verabschiedet wurde, war nicht zuletzt eine Reaktion auf Artikel 6 der UN-Konvention gegen Korruption, die von der UN-Generalversammlung am 31. Oktober 2003 verabschiedet worden war und die Polen dazu verpflichtete, spezialisierte Antikorruptionsinstitutionen zu etablieren. Es ist anzumerken, dass das CBA von Anfang an Kritik unterworfen war und ein Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) von 2009 den Gesetzgeber verpflichtete, in mehreren entscheidenden Punkten, u. a. bei der Definition von Korruption, Änderungen vorzunehmen.

Insgesamt stützt sich die Arbeit des CBA auf vier Pfeiler. Erstens operationelle und investigative Aktivitäten, mit denen Korruptionsfälle aufgedeckt werden sollen. Dafür darf es auf technische Hilfsmittel zurückgreifen wie z. B. Abhör- und Beschattungsmethoden. Zweitens ist das CBA für die Überprüfung von Finanzauskünften zuständig, worunter auch die Einkommenserklärungen von Parlamentariern fallen. Für diese hat das Büro die alleinige Zuständigkeit. Die dritte Kompetenz ist die Untersuchung von Korruption in Polen. Dazu führt das Büro u. a. Prüfungen von Privatisierungen und von Interessenskonflikten durch. Der vierte Pfeiler umfasst die Prävention von Korruption. Dafür hat das CBA ein eigenes Internetportal, publiziert Fachliteratur und führt Schulungen zum Thema durch.

Am Rande sei erwähnt, dass es in Deutschland kein Äquivalent zum CBA gibt, das mehrere Funktionen in einer Behörde vereint. In Deutschland teilen sich viele verschiedene Institutionen auf Bundes- und Länderebene diese Kompetenzen. Dazu gehören das Bundeskriminalamt und das Justizministerium sowie spezielle Einheiten innerhalb der legislativen und exekutiven Institutionen der Länder. Somit stehen in Deutschland zentralistischen Modellen auch dezentrale Modelle der

Korruptionsbekämpfung gegenüber, wobei beide mit Vor- und Nachteilen versehen sind.

Das CBA hat laut offiziellen Daten über 1.300 Mitarbeiter und seine zentrale Ausrichtung wird auch bei der Besetzung von Spitzenämtern sichtbar. So wird der Chef des Büros direkt vom Ministerpräsidenten für eine Amtszeit von vier Jahren bestimmt. Die Kontrolle über das Büro wird gleichzeitig einem Minister übertragen, der als »Koordinator für die Nachrichtendienste« diese Funktion im Namen des Ministerpräsidenten ausführt. Aktuell ist dies Tomasz Siemoniak. In den acht Jahren der PiS-Regierung hatte diese Stelle Mariusz Kamiński inne, der vorher, zwischen 2006 und 2009, Chef des CBA war.

Diese Verbindung zwischen Politik und dem CBA ist einer der größten Kritikpunkte, der in Debatten über das Büro vorgetragen wird. Dies wurde insbesondere zur Zeit der PiS-Regierung sichtbar. Artikel 6 des Gesetzes über das CBA besagt, dass der Chef der Behörde vom Ministerpräsidenten sowohl ernannt als auch von diesem wieder abgesetzt werden kann, ohne dass eine Karenzzeit eingehalten werden muss. Das gleiche gilt für die Vizechefs. Dadurch entsteht eine direkte, politische Abhängigkeit des Büros von der aktuellen Regierung. Um dennoch Missbrauch des CBA vorzubeugen, wurden gewisse institutionelle Barrieren eingebaut. So besagt Artikel 17 des Gesetzes, dass für viele operative Methoden, wie z. B. das Abhören oder Lesen von Internetkommunikation, eine richterliche Genehmigung notwendig ist.

Damit geht aber ein generelles Problem einher, welches sich auf die achtjährige PiS-Regierungszeit bezieht und eine Erklärung für die Probleme bei der Korruptionsbekämpfung in Polen liefert. So funktioniert diese institutionelle Kontrolle nur, wenn Gerichte auch tatsächlich unabhängig sind. Die PiS hat jedoch seit ihrem Regierungsantritt 2015 kontinuierlich immer mehr Instanzen der richterlichen Unabhängigkeit untergraben. Hinzu kommt, dass die PiS 2015 ein neues Gesetz verabschiedete, das es erlaubte, irregulär erhaltene Beweise, beispielsweise durch Umgehung der richterlichen Genehmigungspflicht, in Gerichtsverfahren zu verwenden. Dies fußte nicht zuletzt auf der Erfahrung von 2007, als das Büro in der ersten Amtszeit der PiS unter dem damaligen CBA-Chef Mariusz Kamiński, entgegen der Bestimmungen Beweise gegen den damaligen Koalitionspartner der PiS Andrzej Lepper von der Partei Selbstverteidigung (Samoobrona) gesammelt hatte.

Der Umbau der Gerichte ab 2015 eröffnete die Möglichkeit für politischen Missbrauch der weitreichenden Kompetenzen des CBA. Es stellte sich heraus, dass beispielsweise der Wahlkampfleiter der Bürgerkoalition für die Parlamentswahlen 2019, Krzysztof Brejza, ein halbes Jahr vor den Wahlen vom CBA mithilfe des Pegasus-Überwachungssystems beschattet wurde. Aufgedeckt

wurde dies erst im Dezember 2021 vom kanadischen Citizen Lab (University of Toronto). Mit dem Casus Pegasus befasst sich zurzeit ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und er wurde auch im Europaparlament besprochen.

Reform oder Umstrukturierung? Das neue Antikorruptionsgesetz auf dem Prüfstand

Angesichts dieser Skandale ist es wenig verwunderlich, dass das CBA auch im Wahlkampf 2023 ein Thema war. Im Mai 2024 wurde ein neuer Gesetzesentwurf mit dem Titel »Gesetzesentwurf zur Stärkung der Koordination von Antikorruptionsmaßnahmen, Liquidierung des CBA sowie Änderung einiger anderer Gesetze« eingebracht. Ministerpräsident Tusk unterstrich, dass der Entwurf »eine zuverlässige, unpolitische [Einrichtung], die die Korruption verfolgt und vor allem die Regierung im Auge behält, nicht die Opposition«, vorsieht. Der Gesetzesentwurf sieht keine Reform des Zentralen Antikorruptionsbüros, sondern seine gänzliche Abschaffung und die Dezentralisierung der Kompetenzen zur Korruptionsbekämpfung in Polen vor. So sollen weitreichende Kompetenzen an ein eigenes Zentrales Büro zur Korruptionsbekämpfung (Centralne Biuro Zwalczenia Korupcji – CBZK) übertragen werden, welches innerhalb der Strukturen der Polizei angesiedelt sein würde. Die schwersten Korruptionsverbrechen sollen jedoch laut Gesetzesvorschlag vom Inlandsgeheimdienst (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrzny – ABW) übernommen werden. Das Prüfen von Einkommenserklärungen soll wiederum eine Aufgabe der Staatlichen Finanzverwaltung (Krajowa Administracja Skarbową – KAS) und die Korruptionsprävention eine Domäne des ministerialen Koordinators für die Nachrichtendienste werden.

Es gibt jedoch Kritik sowohl am Prozedere als auch am Inhalt des Gesetzesentwurfes. Beim Prozedere werfen Experten den Autoren des Entwurfs fehlende Konsultationen vor. So schreibt beispielsweise die Stefan Batory Stiftung (Fundacja im. Stefana Batorego), dass das Gesetz von breiteren Konsultationen mit Stakeholdern zunächst völlig ausgeschlossen wurde. Erst nach dem Kritik, u. a. von der Batory Stiftung selbst geäußert wurde, gab es einen Austausch zwischen Ministerien und der Zivilgesellschaft, der jedoch zeitlich deutlich eingeschränkt war.

Zweitens kritisieren die Experten der Batory Stiftung, die eigens eine Konferenz zu dem Thema organisierten, dass der Gesetzesvorschlag eher Aktionismus und von Umfragen getrieben sei und an den eigentlichen Problemen vorbeigehe. Als Gründe zählen die Experten auf, dass der Entwurf nicht in eine breitere Antikorruptionsstrategie eingebettet ist. Die letzte Strategie ist im Übrigen im Jahre 2020 ausgelaufen und seither hat Polen kein aktuelles Strategiepapier mehr in diesem

Bereich. Einer der Gründe dafür ist laut Experten, dass viele andere Probleme im breiteren Antikorruptionskontext, die einer dringenden Änderung bedürften, durch eine Kopplung von Gesetz und Strategie sichtbar würden. Dazu zählen die Experten u. a. die Einkommenserklärungen, für die es knapp 20 Vorlagen in Polen gibt und die i. d. R. nicht öffentlich und nicht digitalisiert sind. Dies erschwert die Arbeit von unabhängigen Journalisten und der Zivilgesellschaft, um eine zusätzliche Kontrolle im Umfeld begrenzter staatlicher Ressourcen auszuüben.

All diese Punkte sind valide. Gleichzeitig lässt sich jedoch auch ein weiterer Zusatzpunkt anführen, da auch weiterhin politischer Druck ausgeübt werden kann. So wird der Chef des Inlandsgeheimdienstes ebenso wie beim Zentralen Antikorruptionsbüro vom Ministerpräsidenten ernannt und abgesetzt. Dies geschieht in Koordination mit der Sejmkommission für die Nachrichtendienste, die jedoch die Sejmmehrheit widerspiegelt. Auch im Falle der Staatlichen Finanzverwaltung ist eine institutionelle Abhängigkeit weiterhin sichtbar: Auch deren Vorsitzender wird auf Grundlage einer Empfehlung des Finanzministers vom Ministerpräsidenten ernannt und ist formell dem Finanzminister gegenüber rechenschaftspflichtig. Ebenso ist die letzte vorgeschlagene Institution für die Korruptionsbekämpfung, die Polizei, nicht gegen politische Einflussnahme abgesichert. So wird laut Artikel 5 des gültigen Polizeigesetzes, das aus dem Jahr 2007 stammt, der Oberbefehlshaber der Polizei vom Regierungschef ernannt und abgesetzt. 2019 prangerte die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) ein »anhaltendes Phänomen der politischen Einflussnahme auf die polizeiliche Tätigkeit« in Polen an.

Wege aus der Korruptionsfalle: Lehren und Perspektiven für Polen

Die beschriebenen Dynamiken der Korruption wurden durch das am 30. Dezember 2015 verabschiedete Gesetz über den öffentlichen Dienst noch verstärkt. Dieses Gesetz erleichterte die Entlassung von Beamten, was die politische Kontrolle über vermeintlich unabhängige Institutionen weiter festigte. Dementsprechend müssen Antikorruptionsreformen in ihrer Gesamtheit im institutionellen Rahmen gesehen werden. Eine Trendumkehr kann nur durch die Schaffung und Sicherung der

Unabhängigkeit der vorher genannten Institutionen herbeigeführt werden.

Der aktuelle Gesetzesentwurf weist trotz seiner Bemühungen um eine Neustrukturierung der Antikorruptionslandschaft grundlegende Schwächen auf. Indem er die Ernennung der Leiter aller relevanten Institutionen, des Zentralen Büros zur Korruptionsbekämpfung innerhalb der Polizei, des Inlandsgeheimdienstes und der Staatlichen Finanzverwaltung, letztendlich in die Hände des Ministerpräsidenten legt, verlagert er das Problem der politischen Abhängigkeit lediglich auf mehrere Institutionen. Die politische Kontrolle wird oberflächlich diversifiziert, bleibt im Kern aber bestehen. Eine solche Struktur kann kaum die notwendige Unabhängigkeit und Effektivität gewährleisten, die für eine glaubwürdige Korruptionsbekämpfung unerlässlich sind.

Ein positives Gegenbeispiel hierfür bietet überraschenderweise die Ukraine, wo unter Einbeziehung internationaler Akteure unabhängige Antikorruptionsbehörden geschaffen wurden, die in einem schwierigen politökonomischen Umfeld bestehen. Im ukrainischen Kontext nehmen ausländische Experten eine entscheidende Rolle bei der Wahl von Spitzenposten in Antikorruptions- und sogar Rechtsinstitutionen ein. Im polnischen Kontext könnte eine entscheidende Stimme der Zivilgesellschaft bei der Ernennung von Spitzenposten in derlei Institutionen sowie starke Schutzmaßnahmen gegen die Entlassung von Mitarbeitern, die an Korruptionsfällen arbeiten, ähnlich positive Effekte erzielen. Darüber hinaus ist die Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit Bestandteil einer erfolgreichen Antikorruptionsinfrastruktur.

In diesem Zusammenhang kann das angekündigte Veto des Präsidenten gegen den aktuellen Gesetzesentwurf zur Auflösung des Zentralen Antikorruptionsbüros sogar als positiv betrachtet werden. Es bietet die Möglichkeit, den gesamten Gesetzesentwurf zu überdenken und die berechtigte Kritik von Experten aufzugreifen. Dies könnte zu einer stärkeren Verankerung dieser Reformen in eine echte Antikorruptionsstrategie und andere Rechtsstaatsreformen führen. All dies, um die Unabhängigkeit von Antikorruptionsinstitutionen zu gewährleisten, die Einbindung der Zivilgesellschaft zu fördern und robuste Schutzmechanismen gegen politische Einflussnahme zu etablieren.

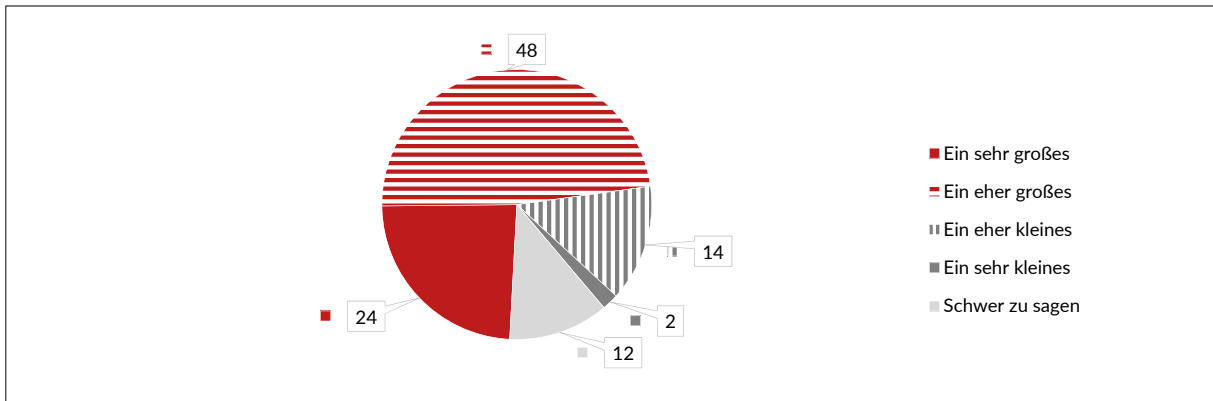
Über den Autor

Dr. *Michael Martin Richter* ist assoziierter Wissenschaftler an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er ist außerdem Mitbegründer und Forschungsleiter der Denkfabrik Coopernicus.pl in Warschau. Zuvor war er Dozent an der University of Surrey, Fellow an der Harvard University, Policy Experte beim Foreign Investors Council of Latvia und Gastforscher bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Brüssel. Er promovierte im Bereich Politische Ökonomie an der Universität Bremen, wo er sich mit Antikorruptionsreformen in der CEE-Region, insbesondere in der Ukraine, beschäftigte.

UMFRAGEN

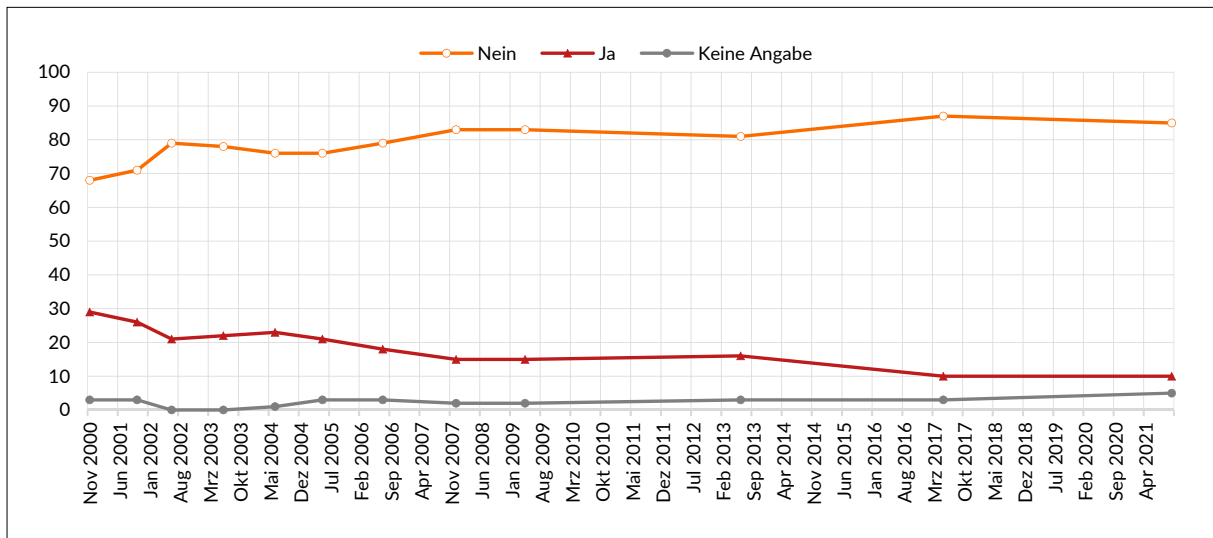
Die Meinung der polnischen Bevölkerung zu Korruption

Grafik 1: Ist Korruption Ihrer Meinung nach ein großes oder ein kleines Problem in Polen? (2021, %)



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 151: Różne barwy korupcji [Verschiedene Spielarten der Korruption]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

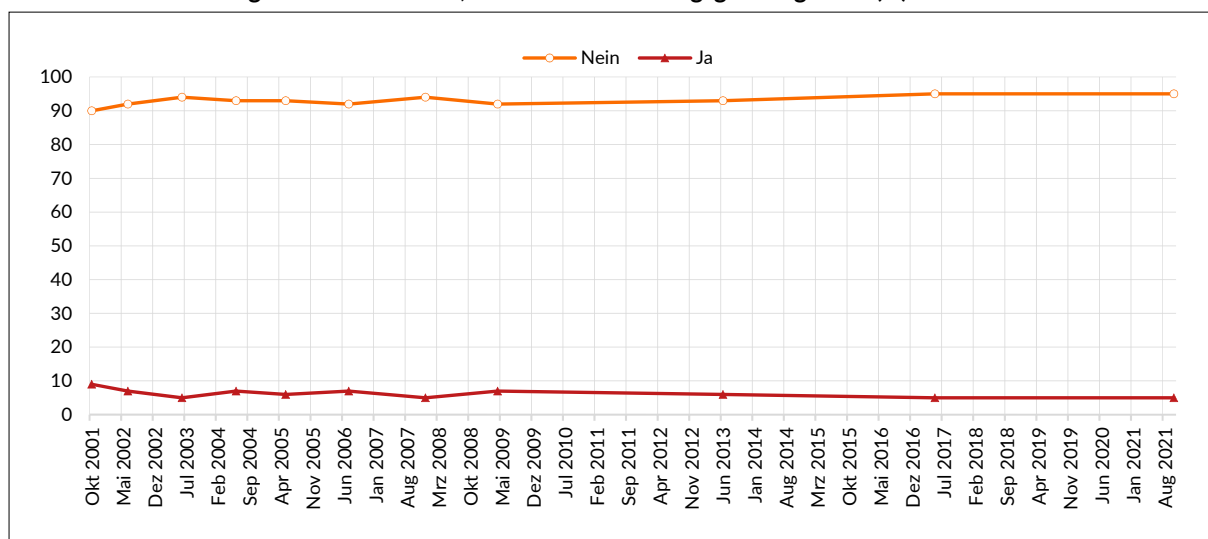
Grafik 2: Kennen Sie jemanden persönlich, der Bestechungsgelder nimmt? (2000–2021, %)



	Nov. 2000	Okt. 2001	Juni 2002	Juni 2003	Juni 2004	Mai 2005	Juli 2006	Dez. 2007	Apr. 2009	Juni 2013	Mai 2017	Okt. 2021
Nein	68	71	79	78	76	76	79	83	83	81	87	85
Ja	29	26	21	22	23	21	18	15	15	16	10	10
Keine Angabe	3	3	0	0	1	3	3	2	2	3	3	5

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 151: Różne barwy korupcji [Verschiedene Spielarten der Korruption]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

Grafik 3: Hat man irgendwann versucht, Ihnen ein Bestechungsgeld zu geben? (%)*



	Okt. 2001	Juni 2002	Juni 2003	Juni 2004	Mai 2005	Juli 2006	Dez. 2007	Apr. 2009	Juni 2013	Mai 2017	Okt. 2021
Nein	90	92	94	93	93	92	94	92	93	95	95
Ja	9	7	5	7	6	7	5	7	6	5	5

* Die Antwort »keine Angabe« wurde weggelassen.

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 151: Różne barwy korupcji [Verschiedene Spielarten der Korruption]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

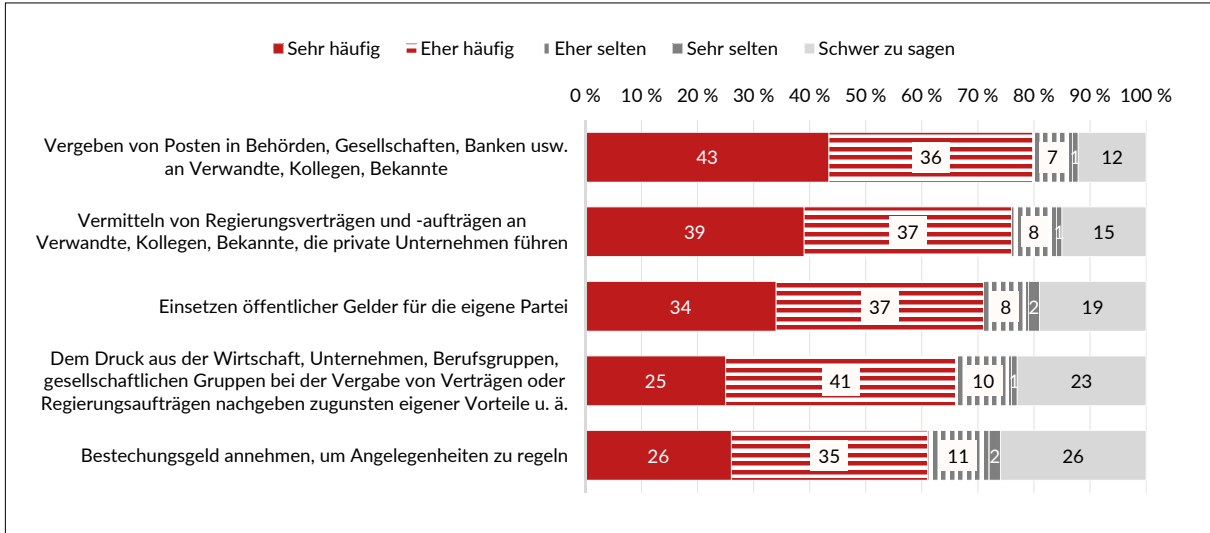
Tabelle 1: In welchen Bereichen tritt Ihrer Meinung nach Korruption am häufigsten auf? (2000–2021, %)

	Okt. 2001	Juni 2002	Juni 2003	Juni 2004	Mai 2005	Juli 2006	Dez. 2007	Apr. 2009	Apr. 2010	Juni 2013	Mai 2017	Okt. 2021
Unter Politikern – Akteure von Parteien und Räten, Abgeordnete, Senatoren	54	52	60	64	61	35	44	55	60	62	48	52
In Zentralbehörden und Ministerien	38	29	37	39	34	22	32	27	26	18	21	35
In Gemeinde-, Kreis- und Woiwodschaftsbehörden	29	25	29	30	21	28	25	28	31	27	30	31
In Gerichten und Staatsanwaltschaften	37	33	33	42	37	32	30	29	29	31	32	26
Im Gesundheitsdienst	47	42	43	37	50	53	58	54	58	53	38	23
In staatlichen Unternehmen	13	12	11	11	11	9	15	14	13	13	17	20
In der Polizei	31	23	25	21	34	31	28	16	15	21	16	12
In privaten Unternehmen	13	9	11	9	12	8	9	10	8	9	12	7
In Banken	6	3	5	4	4	3	2	4	3	2	5	4
Im Schulwesen und der Wissenschaft	7	8	4	5	4	8	3	3	3	3	2	1
Anderswo	1	0	1	1	1	2	0	4	1	2	1	1
Schwer zu sagen	1	12	8	7	6	15	10	8	7	8	13	16

Die Befragten konnten mehrere Antworten geben.

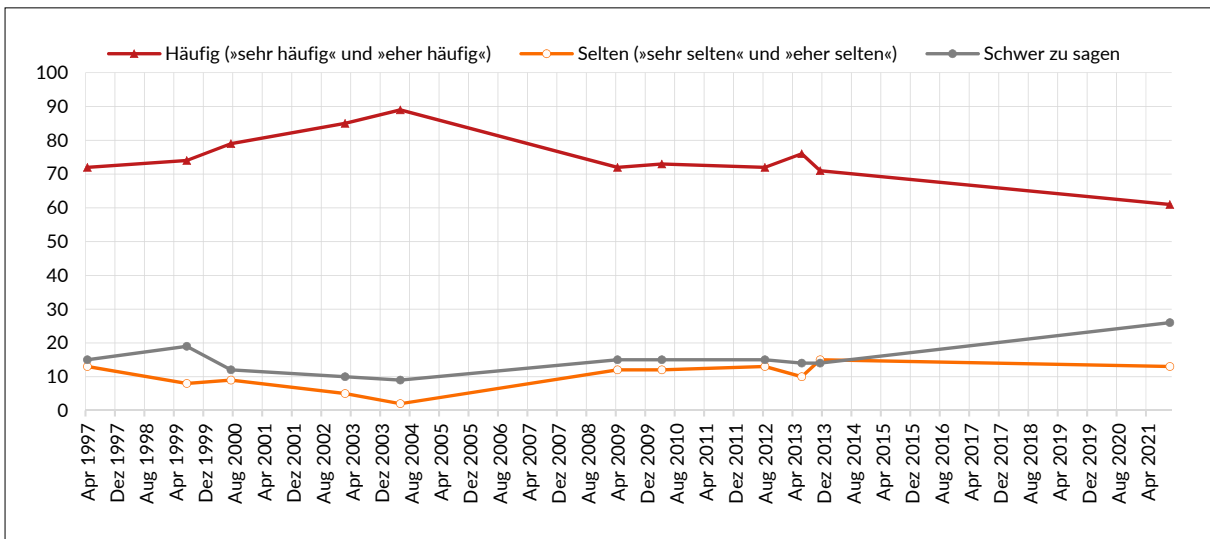
Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 151: Różne barwy korupcji [Verschiedene Spielarten der Korruption]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

Grafik 4: Was meinen Sie, sind unter hohen Beamten und Politikern solche Phänomene wie... eher häufig oder eher selten (2021, %)?



Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 151: Różne barwy korupcji [Verschiedene Spielarten der Korruption]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

Grafik 5: Wie häufig oder selten ist es aktuell, dass hohe Beamte und Politiker Bestechungsgeld annehmen, um Angelegenheiten zu regeln? (1997–2021, %)



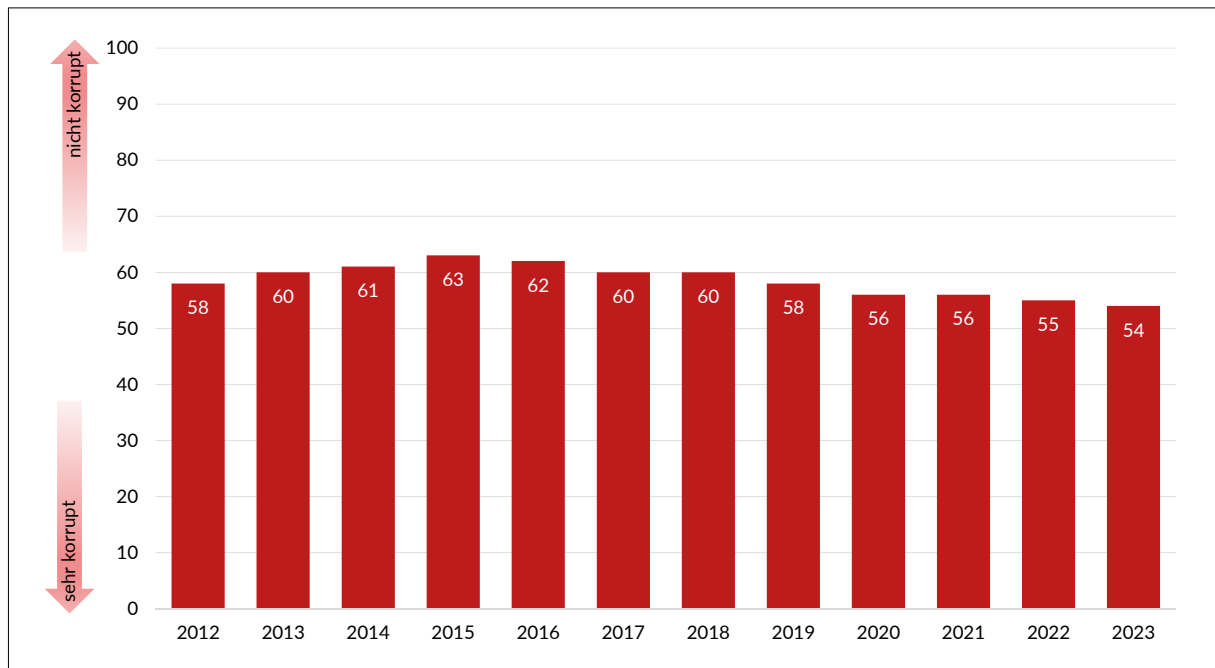
	Apr. 1997	Juli 1999	Juli 2000	Feb. 2003	Mai 2004	Apr. 2009	Apr. 2010	Aug. 2012	Juni 2013	Nov. 2013	Okt. 2021
Häufig (»sehr häufig« und »eher häufig«)	72	74	79	85	89	72	73	72	76	71	61
Selten (»sehr selten« und »eher selten«)	13	8	9	5	2	12	12	13	10	15	13
Schwer zu sagen	15	19	12	10	9	15	15	15	14	14	26

Quelle: CBOS: Komunikat z badań Nr. 151: Różne barwy korupcji [Verschiedene Spielarten der Korruption]. Warszawa 12/2021. www.cbos.pl

RANKING

Polen im Korruptionsindex von Transparency International

Grafik 1: Korruptionsindex Polen 2012–2023 (Transparency International)



Der Korruptionsindex (Corruption Perceptions Index – CPI), erstellt von Transparency International, misst die von Experten und Unternehmern wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor. Er umfasst eine Skala von 0–100, wobei »0« sehr korrupt und »100« keine Korruption bedeutet.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023/index/pol> (abgerufen am 04.11.2024).

CHRONIK

15. Oktober – 4. November 2024

15.10.2024	Das Regierungskabinett beschließt eine Migrationsstrategie für die Jahre 2025–2030. Ein wesentlicher Punkt ist, die illegale Immigration an der polnischen Ostgrenze einzudämmen, indem zeitlich und räumlich beschränkt die Annahme von Asylanträgen ausgesetzt werden kann. Hintergrund ist die von Russland und Belarus initiierte illegale Einwanderung aus Drittstaaten (u. a. Nordafrika, Afghanistan) nach Polen. Die Instrumentalisierung von Migranten für politische Zwecke ist Teil der hybriden Kriegsführung Russlands und Belaruss gegen Polen und die Europäische Union.
16.10.2024	Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerkoalition/Koalicja Obywatelska – KO) gibt vor dem Sejm eine Regierungserklärung ab. Anlass sind die Parlamentswahlen vor einem Jahr, die zu einer Ablösung der Regierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) geführt haben. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sagt Tusk, Polen dürfe es sich nicht erlauben, mit Putin-freundlichen Politikern in Europa zu kooperieren. Der Schutz der polnischen Ostgrenze solle forciert werden, wozu auch die zeitlich und territorial begrenzte Aussetzung des Asylrechts gehöre, welche die Regierung am Vortag beschlossen hat. Polen werde außerdem im europäischen Rahmen auf die Änderung von Asylregeln drängen, um die Stabilität der Region zu schützen.

17.10.2024	Der Internationale Währungsfonds (IWF) beendet seine Visitation in Polen und stellt seine Ergebnisse und Empfehlungen auf Grundlage der jährlichen Wirtschaftsdaten vor. Der IWF bewertet die Entwicklung der polnischen Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahr positiv, trotz der schwierigen Wirtschaftslage in Europa und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Die Freigabe eingefrorener EU-Finanzmittel nach dem Regierungswechsel in Polen, die relativ moderate Verschuldung, bedeutende Währungsreserven sowie Puffer des Finanzsektors trügen wesentlich zur Stabilität der polnischen Wirtschaft bei.
18.10.2024	Ministerpräsident Donald Tusk zeigt sich auf der Pressekonferenz am Rande des zweitägigen Gipfels des Europäischen Rates in Brüssel zufrieden mit den verabschiedeten Schlussfolgerungen des Gipfels zur EU-Migrationspolitik. So dürfe kein Staat das in der EU geltende Recht auf Asyl missbrauchen, was aktuell Russland und Belarus gegenüber Polen jedoch tun, und Polen dürfe autonome Entscheidungen treffen. Anfang der Woche hat die Regierung Polens beschlossen, das Asylrecht zeitlich und territorial beschränkt auszusetzen als Antwort auf die von Russland und Belarus praktizierte politische Instrumentalisierung von Migranten aus Drittländern, die zum Grenzübertritt an die polnisch-belarussische Grenze gebracht werden.
21.10.2024	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug der durchschnittliche Monatslohn im Unternehmenssektor (ab zehn Angestellten) in September 8.141 Zloty brutto (ca. 1.865 Euro). Dies ist ein Anstieg von nominell 10,3 Prozent im Vergleich zu September 2023.
22.10.2024	Außenminister Radosław Sikorski entzieht dem Konsulat der Russischen Föderation in Posen (Poznań) die Tätigkeitserlaubnis. Das Personal wird zur unerwünschten Person auf dem Territorium der Republik Polen erklärt. Hintergrund sind Sabotageversuche in Polen, die Russland zugeordnet werden.
23.10.2024	Außenminister Radosław Sikorski empfängt in Warschau seinen norwegischen Amtskollegen Espen Barth Eide. Thematisiert werden die bilaterale Kooperation im Bereich der Energiesicherheit, Fragen der Ostpolitik, der Sicherheitspolitik, der transatlantischen Zusammenarbeit sowie die Lage im Nahen Osten. Sikorski unterstreicht die gemeinsame Haltung Polens und Norwegens, dass die Ukraine im russischen Angriffskrieg weitergehende Unterstützung des Westens brauche. Die Einschränkungen des Gebrauchs westlicher Waffen müssten aufgehoben und die Waffenlieferungen an die Ukraine erweitert werden. Sikorski lobt die Entscheidung Norwegens, der Ukraine F-16 Kampfflzeuge zu liefern und finanzielle Hilfe zu leisten.
24.10.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz stellt den Untersuchungsbericht zum »Smolensk Unterausschuss« vor, der unter der nationalkonservativen Vorgängerregierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingerichtet worden war. Der Unterausschuss sollte die Ursachen der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) klären. Bei dem Flugzeugabsturz gab es 98 Todesopfer, darunter der damalige Präsident Lech Kaczyński und andere führende Personen aus der Politik und dem öffentlichen Leben Polens. Die seit Dezember 2023 amtierende konservativliberale Regierungskoalition hat ihrerseits eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, die Rechtskonformität, Wirtschaftlichkeit, Zielsetzung und Redlichkeit des »Smolensk Unterausschusses« zu untersuchen. Kosiniak-Kamysz sagt, der Untersuchungsbericht zeige, dass der »Smolensk Unterausschuss« nicht ergebnisoffen gearbeitet hat sowie dessen Arbeiten Kosten in Höhe von ca. 82 Millionen Zloty (ca. 18,8 Millionen Euro) verursacht hätten. Er kündigt an, dass in diesem Zusammenhang 41 Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaft gestellt werden.
25.10.2024	Einem Bericht der Tageszeitung Dziennik Gazeta Prawna zufolge verbreiten belarussische Medien die Nachricht, dass der polnische Grenzschutz an der polnisch-belarussischen Grenze Gewalt gegen Immigranten aus Drittländern angewandt sowie ihre Leichname nach Belarus zurückgeschafft habe. Das polnische Verteidigungsministerium weist die Vorwürfe als Versuche von Desinformation entschieden zurück. Bereits im November 2021 habe es solche Vorwürfe gegenüber Polen gegeben, die ebenfalls haltlos gewesen seien.
26.10.2024	Der Parteivorsitzende der Polnischen Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, ruft die Koalitionspartner der Regierung dazu auf, nicht drei, sondern einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2025 aufzustellen. Sollte ein Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Präsident der Republik Polen werden, werde sich dieser für den Sieg der PiS bei den nächsten Parlamentswahlen einsetzen und nicht für Einigkeit im Land. Daher sollten die Koalitionsparteien einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen, der die Polen vereinen und damit zur Sicherheit des Landes beitragen könne.
27.10.2024	Am zweiten Tag ihres Parteitags entscheidet die Partei Gemeinsam (Razem), die Fraktion von Die Linke (Lewica) im Sejm zu verlassen und stattdessen einen parlamentarischen Kreis zu gründen. Mitte Oktober fand dazu ein parteiinternes Referendum statt, bei dem sich 53,75 Prozent für den Ausstieg aussprachen. Vor drei Tagen wiederum haben fünf Abgeordnete von Gemeinsam ihren Parteiaustritt erklärt; sie beabsichtigen aber, weiter in der Fraktion von Die Linke zu bleiben. Die Linke ist Koalitionspartner in der Regierung.

29.10.2024	Der Energiekonzern PGE bringt in Gryfino (Woiwodschaft Westpommern/województwo zachodniopomorskie) das größte und modernste Gas- und Dampf-Kombikraftwerk mit einer Kapazität von 1.366 Megawatt ans Netz. Mit dem Kraftwerk sollen gut fünf Prozent des heimischen Strombedarfs gedeckt werden.
29.10.2024	Auf einer Pressekonferenz teilt Ministerpräsident Donald Tusk mit, dass das Finanzministerium eine Haushaltsnovelle für das laufende Jahr vorgeschlagen hat, die ein höheres Defizit vorsieht. Des Weiteren kündigt er eine zusätzliche Auszahlung von zehn Milliarden Zloty (ca. 2,3 Milliarden Euro) für die Selbstverwaltung an, die zur Unterstützung lokaler Initiativen und regionaler Projekte eingesetzt werden sollen.
30.10.2024	Bundesinnenministerin Nancy Faeser wird in Warschau von ihrem Amtskollegen Tomasz Siemoniak empfangen. Themen sind sicherheitspolitische Fragen, insbesondere mit Blick auf den von Russland und Belarus erzeugten Migrationsdruck aus Drittstaaten an der polnischen Ostgrenze. Am Grenzübergang Połowce-Pieszczałka (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie) besichtigen Siemoniak und Faeser die Fortschritte bei der Errichtung eines Grenzzauns, der illegale Grenzübertritte verhindern soll. Siemoniak sagt, die Sicherung der EU-Außengrenze habe auch zum Ziel, dass die offenen Grenzen innerhalb der Europäischen Union aufrechterhalten werden können. Er gehe davon aus, dass Deutschland seine Grenzen zu Polen nur vorübergehend geschlossen habe. Die Maßnahme hat die Bundesregierung ergriffen, um illegal nach Polen eingereiste Migranten bei ihrem Eintritt nach Deutschland aufzugreifen.
02.11.2024	Donald Tusk schreibt im Kurznachrichtendienst X, dass die Zukunft Europas nicht vom Ausgang der US-amerikanischen Präsidentenwahlen in drei Tagen abhängen werde, sondern von den Europäern selbst, falls sie an ihre eigenen Kräfte glauben. Die Zeit des »geopolitischen Outsourcing« sei vorbei, unabhängig davon, wer die Wahlen gewinne. In US-amerikanischen Umfragen liegen die Kandidatin der Demokraten, Kamala Harris, und der Kandidat der Republikaner, Donald Trump, dicht beieinander.
04.11.2024	Die Regionalstaatsanwaltschaft Warschau teilt mit, dass eine Gruppe von Staatsanwälten gebildet wurde, die den Vorgang der anberaumten und kurzfristig abgesagten Briefwahlen bei den Präsidentschaftswahlen 2020 untersucht. Im Oktober ist ein parlamentarischer Ausschuss zu dem Ergebnis gekommen, dass Straftaten vorliegen, und hat gegen 19 Personen Strafanzeige erstattet. Darunter befinden sich der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, und der damalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS).

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>